

# CDU



## EUROPA-BRIEF

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, MdEP

### Europa-Brief 2/2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Europa-Brief lesen Sie diese Woche:

- **Quisthoudt-Rowohl zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik: "Europa Zeit geben"**
- **EU Hilfe für Schwellenländer soll ausgebaut werden**
- **Treffen mit Barroso. Quisthoudt-Rowohl: 2020 Strategie muss Worten Taten folgen lassen.**

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Vergnügen!

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, MdEP

## **Quisthoudt-Rowohl zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik: "Europa Zeit geben"**

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Wissenschaft und Politik" der Konrad Adenauer Stiftung sowie der Hanns Seidel Stiftung hat die Europaabgeordnete Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl zur neuen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (GSVP) Stellung genommen. Das Treffen im Europäischen Parlament diente einem Austausch von Vertretern der Politik und dem Bereich der Wissenschaft.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die schleppende Etablierung der GSVP. Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Dezember vergangenen Jahres sollte die EU außenpolitisch einen Schritt nach vorne machen. Quisthoudt-Rowohl kommentierte aus politischer Sicht hierzu die wissenschaftlichen Beiträge der Professoren Hilz der Universität Bonn und Masala der Universität der Bundeswehr München. "Die Realität zeigt, dass die neue Hohe Vertreterin es mit der Umsetzung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht einfach hat", so die Europaabgeordnete.

Im Hinblick auf die viel hinterfragte Einführung von Catherine Ashton als Hohe Vertreterin und den mühsamen Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes fand diese Aussage auch von wissenschaftlicher Seite viel Zuspruch.



***Bildtext:** Diskutierten zur EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Prof. Dr. Masala, Prof. Dr. Quisthoudt-Rowohl und Prof. Dr. Hilz (v. li.)*

Zusätzlich begrenzt werde die Ausweitung der EU-Außenpolitik auch durch mangelnde Kohärenz und Handlungsfähigkeit der EU, wurde zusätzlich von Seiten der Wissenschaft angemerkt. Die langjährige Abgeordnete hingegen verwies auf Hürden, die bei einer Umsetzung nicht unterschätzt werden dürften. "Das außenpolitische Auftreten der europäischen Union darf nicht zum Schaden unserer Nationalstaaten Gestalt annehmen", mahnte die Abgeordnete. "Wir müssen Europa Zeit geben, doch die europäische Union ist für die Mitgliedstaaten da, nicht umgekehrt", so Quisthoudt-Rowohl abschließend.

## **EU-Hilfe für Schwellenländer soll ausgebaut werden**

Der Außenhandelsausschuss des Europäischen Parlaments will die Beziehungen der Europäischen Union zu wichtigen Schwellenländern ausbauen. Statt wie bisher die Entwicklungshilfe ausschließlich auf die Armutsbekämpfung zu beschränken, soll die EU in Ländern wie China oder Indien künftig auch Studentenaustausche oder Projekte zur Demokratieförderung finanzieren, so die zuständige Schattenberichterstatterin der EVP-Fraktion, Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU). Dazu genehmigte der Ausschuss - seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Verfahren der Mitentscheidung - bis zum Jahr 2013 zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von 176 Millionen Euro.

In den Schwellenländern muss die EU eine Verschiebung weg von der klassischen Entwicklungshilfe hin zu einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe anstreben, so Godelieve Quisthoudt-Rowohl: "China, Indien oder Mexiko sind längst keine Entwicklungsländer im ursprünglichen Sinne mehr. In diesen Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum benötigen wir weniger Projekte zum Brunnenbau, und stattdessen mehr Austauschprogramme für Studenten oder Seminare über demokratische Parteien".

Gleichwohl dürfe die Entwicklungshilfe für wirklich arme Länder nicht gekürzt werden, forderte Quisthoudt-Rowohl. Deshalb votierte der Außenhandelsausschuss für eine zusätzliche Mittelausstattung in Höhe von 176 Millionen Euro für die kommenden drei Jahre, darunter 67,5 Millionen Euro an bisher nicht zugeordneten EU-Geldern. "Die EU-Hilfe für Bangladesch darf nicht gekürzt werden, weil China oder Indien unter die neue Förderung fallen. Es geht darum, die Entwicklungshilfe der EU auf den neuesten Stand zu bringen und fit zu machen für das 21. Jahrhundert. Ohne die Armutsbekämpfung in der Welt zu vernachlässigen, darf Europa die Beziehungen zu den aufstrebenden Schwellenländern nicht aus dem Blick verlieren", so die CDU-Europaabgeordnete.

## Treffen mit Barroso

Im Rahmen eines Austauschs diskutierten Vertreter der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament und der Präsident der Europäischen Kommission über die neu vorgestellte Agenda 2020. Bei dem Gespräch mit Jose Manuel Barroso sprach sich die niedersächsische Abgeordnete Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl dafür aus, dass auch ein Fokus auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen gelegt werden müsse.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen soll die Agenda 2020, aufbauend auf den Ergebnissen der Lissabon-Strategie, nachhaltiges Wachstum und umweltverträgliche Technologien fördern. Mit ihrem Vorschlag zieht die Kommission unter anderem Konsequenzen aus der Finanzkrise. Eines der Kernelemente der neuen Agenda ist, dass die Mitgliedsstaaten weniger Freiräume bei der Umsetzung haben sollen. Zudem sollen Kommission und Europäischer Rat die jährlichen Fortschritte in den Mitgliedsstaaten strenger überwachen.

Die Ausführung dieser Initiativen soll jedoch gemeinsame Priorität sein. "Dazu brauchen wir eine Umsetzung, die Maßnahmen auf allen Ebenen, von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen sowie regionalen Behörden erfordert", so Quisthoudt-Rowohl.

